

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tagesblatt Rieser
Fremd Nr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1890.
Stroßstraße:
Rieser Nr. 22.

Nr. 193.

Mittwoch, 20. August 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Versagens von Produktionsverhältnissen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Druckschreibweise (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Melleschreibweise 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Besondere Abmachung erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Darger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Die mißglückte Sanierung.

Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ist ein lebhaftes, viel umstrittenes Kapitel. Aus diesen Sanierungsverhandlungen kam bekanntlich der große Bruch der großen Koalition, kam der Rücktritt der Regierung Müller, die Bildung der neuen Regierung, die sozialdemokratische Opposition und die Auflösung des Reichstages. Die Arbeitslosenversicherung war Anfang und Ausgang aller Schwierigkeiten. Man konnte sich über die Erhöhung der Beiträge nicht verständigen und man konnte nicht erreichen, daß das Reich die notwendigen Zuschüsse übernahm. Schließlich wurde in der Rotverordnung die Erhöhung der Beiträge beschlossen. Es wurde weiter bestimmt, daß die Reichsanstalt die Beiträge variabel halten könne, je nach Bedarf heraus und hinunter gehen dürfe. Das Reich aber sollte nur 140 Millionen Mark Zuschuß übernehmen. Zugleich war ein Leistungsabbau in ziemlich weitem Rahmen vorgesehen. Heute zeigt sich, daß die Sanierungspläne doch überholt waren. Man hat eben nicht mit dem rasenden Anstiegen der Arbeitslosen gerechnet. Immer wurden nur kaum über eine Million Arbeitslose zugrunde gelegt, wenn es zu berechnen galt. Der Sommer hat seine Höhe überschritten. Die günstige Konjunktur brachte keine Arbeitslosigkeit und die wachsende Zahl der Arbeitslosen forderte größere Auswendungen, als je gedacht worden war. Inzwischen hat man eingesehen, daß es unmöglich ist, die Beiträge so zu erhöhen, daß sie die notwendigen Gelder aufbringen. Und überausbedauerlich stellt man erst jetzt fest, daß sich eine schematische Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge gar nicht durchführen läßt. Das würde zu ungeheurer Ungerechtigkeit führen. Deshalb man nicht früher auf diesen Gedanken kam, bleibt ein Geheimnis. Die sich mit dem Problem so lange beschäftigten, deshalb dachte man nicht daran, daß die Arbeitnehmer in Österreich unmöglich so viel Beiträge aufbringen können, wie die Arbeiter in Industriebetrieben? Deshalb dachte man nicht daran, daß selbst eine Erhöhung der Beiträge nach Arbeitskategorien unmöglich erscheinen, denn nehmen wir den Bauern, der so mit Arbeitslosen belastet ist — können die noch beschäftigten etwa 10 bis 15 Prozent höhere Beiträge übernehmen, um die Arbeitslosen des Gewerbes allein zu unterstützen? Es wäre selbstverständlich gewesen, daß man sich vorher darüber klar sein mußte, wie schwer eine Uniformierung der Beiträge durchführbar sei. Heute steht man vor der Erkenntnis, die zu spät kommt. Und erkennt damit an, daß es bei der Arbeitslosenversicherung gar keinen anderen Ausweg gibt, als die Reichszuschüsse höher zu setzen und die Leistungen noch mehr zu reduzieren. Eine Erhöhung der Beiträge mit 1 oder 1 1/2 Prozent nimmt der Arbeitslosenversicherung nicht die Sorge und selbst die Einschränkung der Leistungen entbehrt das Reich nicht der Notwendigkeit. Neger in den Beutel zu greifen. Nach den bekannten Alarmmeldungen soll das Reich statt 140 Millionen, weitere 300 oder 400 Millionen aufbringen. Bei einer Nachrechnung ergibt sich aber ohne weiteres, daß auch diese Zuschüsse, die als Kredit gegeben werden sollen und niemals zurückgezahlt werden können, nicht hinreichen. Denn wieder einmal hat man nur mit den augenblicklichen Arbeitslosen gerechnet, ohne zu bedenken, daß ihre Zahl, und wenn auch die Arbeitsbeschaffung eine Verringerung bringt, weiter ansteigen wird. Man rechnet ja, daß in diesem Winter mindestens 4—5 Millionen Arbeitslose Unterstützung erwarten. Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen ist, wird der genannte Zuschußbetrag nicht ausreichen.

Das Reich muß also Geld beschaffen. Diese Mittel über den notwendigen Etat hinaus aber müssen wieder einmal den Etat in Unordnung bringen und die so mühsam gelangene Sanierung, an die man gar nicht mehr so recht zu glauben wagte, weil hier angeblich auch Haushaltsrechnungen vorgekommen sein sollen, aber den Hausen werfen. Es behält sich demnach, daß jene Bestimmungen recht behalten, daß eine neue Finanzkrise kommen werde, und daß wieder einmal in der Hauptsache die Arbeitslosigkeit die Ursache der Finanzkrise sein wird. Es behält sich aber auch ferner, daß die schweren politischen Kämpfe überflüssig gewesen sind und die Prozeduren ins Unrecht rücken, die zu beobachten wagten, der Reichstag, die Parteien haben verlagert, die Regierung aber mit ihren Notverordnungen die Lage gerettet. Es ist nicht gerettet worden. Die Regierung mag guten Willen besitzen. Sie ist gegen die Verhältnisse machtlos. Die Sanierung der Finanzen und die Sanierung der Arbeitslosenversicherung ging einen falschen Weg. Schöner zu sagen, ob der Ausweg, den die Sozialdemokraten anstreben, der richtige war. Auch sie hätten wahrheitsgemäß einsehen müssen, daß die für die Arbeitslosigkeit stehenden Reichsgelder nicht ins Unendliche gehen können. Die schlechte wirtschaftliche Lage ist die eigentliche und alleinige Ursache. Wäre sie nicht eingetreten oder richtiger verblieben, so hätte die Sanierung sowohl nach dem Willen der Reichstagsmehrheit wie nach den Beordnungen der Regierung einen Erfolg gehabt. Der neue Reichstag wird das Arbeitslosenproblem von einer neuen Seite angehen müssen, denn so, wie es geplant war, kann es nicht gelöst werden.

Der Handel zwischen Deutschland und Dänemark.

Eine Rede des dänischen Außenministers.

Kopenhagen. Der Minister des Auswärtigen, Dr. Ruud, sprach in einer politischen Versammlung über die handelspolitischen Beziehungen Dänemarks zum Ausland. Er führte unter anderem aus: Die durch den Börsensturz in den Vereinigten Staaten hervorgerufene allgemeine Wirtschaftskrise hat in den letzten Monaten in Europa große Beunruhigung geschaffen. Dänemark ist davon nicht unberührt worden. Unsere Landwirtschaft ist die einzige, die nicht betroffen wurde. Unsere Exportindustrie hat vermehrt, neue Methoden auszuüben, und außerdem ist es ihr zusätzlich gelungen, daß einige neu erfindende Länder mit Vorliebe in den Ländern landen, die nicht so mächtig sind und deren Einfluss man nicht so fürchten braucht. Aber wir können nicht damit rechnen, daß wir von den Folgen dieser Krise auf die Dauer ganz verschont bleiben. Deutschland und England, die unsere wichtigsten Handelspartner sind, sind am schwersten in Mitleidenhaft gezogen. Ein Niedergang der Kaufkraft in diesen beiden Ländern muß auch uns schädigen. In diesen kritischen Zeiten sind die Staaten versucht, Maßnahmen zu ergreifen, von denen auch die Nachbarn betroffen werden. Die von Deutschland getroffenen Maßnahmen haben viele Schwierigkeiten bei uns hervorgerufen und große Bitterkeit verursacht. Was haben wir zu tun, um die Folgen dieses Zustandes zu begrenzen? Wir können neue Märkte suchen und

finden und die kleineren Märkte, die wir schon haben, erweitern. Das geschieht auch in nicht geringem Maße. So wichtig das auch ist, genügt es aber noch nicht. Solange die Welt so aussieht wie heute, werden Deutschland und England unsere wichtigsten Märkte sein und bleiben. Wenn unser Wirtschaftsleben gedeihen soll, müssen wir mit diesen beiden Ländern einen bedeutenden Handel unterhalten. Daher müssen wir gegenüber solchen Schritten, die in Deutschland durch Krisen und Unruhen verurteilt wurden, alle Energie einsetzen, um auf dem Wege der Verhandlungen die hemmenden Maßnahmen so bald wie möglich zu beseitigen oder sie zu ändern. Wir müssen uns bestreben, nachzuweisen, daß solche Eingriffe unfein beiden Ländern zum Schaden gereichen müssen. Daher müssen wir die Bestrebungen des Völkerverbundes unterstützen, durch internationale Vereinbarungen eine liberale und rationale europäische Handelspolitik zu fördern. Wir müssen eine internationale Klärung der Auslegung und der Tragweite der Regeln des Reichsbeschuldungsrechts erstreben und Englands Bestrebungen unterstützen, bei den Handelsmächten eine beratende handelspolitische Haltung zu erreichen, daß dadurch eine sichere Grundlage für die Fortsetzung einer klaren Freihandelspolitik Englands geschaffen wird. Schließlich müssen wir versuchen, die anderen kleinen Staaten: Norwegen, Schweden und Holland, die ähnliche Interessen haben wie wir, zur Unterstützung einer solchen Handelspolitik zu vereinigen.

Bekanntmachung der Wahlreform

Berlin, 20. August.
Das Reichskabinett hat den ganzen gestrigen Tag über die Wahlreform beraten. Wie wir erfahren, besteht die Absicht, die Frage der Wahlreform so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen. Der Grund für diese Beschleunigung liegt offenbar auch darin, daß mit dem Einsetzen des eigentlichen Wahlkampfes damit zu rechnen ist, daß die Minister nicht immer vollständig in Berlin anwesend sind. Die Beratungen des Kabinetts dürften deshalb auch über die gefristete Abänderung hinaus in den allerersten Tagen weitergeführt werden, da bekanntlich auch das Finanzprogramm des Reichsministers Dietrich noch auf der Tagesordnung steht.

Erfolgreiche Einigungsverhandlungen der gemäßigten Parteien.

Berlin. Von unterrichteter konservativer Seite wird die Information über die Einigungsverhandlungen zwischen den Konservativen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei bestätigt. An der Besprechung nahmen für die Konservativen Reichsminister Treubmann, für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz und für die Wirtschaftspartei der Abg. Sachsenberg teil. Allerdings wird betont, daß diese Besprechung noch keineswegs bindenden Charakter gehabt hat. Nämlich der Vertreter der Wirtschaftspartei legt Wert darauf, daß erst noch einmal mit seinen Parteifreunden zu besprechen. In den beteiligten Kreisen beurteilt man die Aussichten für immerhin optimistischer als in den früheren Stadien dieser Einigungsversuche. Das hat seinen Grund darin, daß diesmal nicht über so weitgehende Bindungen verhandelt wird, wie anfangs. So unterscheidet sich der jetzige Plan von dem früheren insofern, als man die engere Verbindung nach den Wahlen lediglich in der Bildung eines interfraktionellen Ausschusses sieht, das man also den Gedanken der direkten Fraktionsgemeinschaft zurückgelassen hat. Damit ist wohl erreicht worden, daß die Widerstände innerhalb der Wirtschaftspartei beseitigt sind. Der Plan eines gemeinsamen Wahlauftrates ist dagegen geblieben. In dem Wahlauftrag soll das enge Zusammengehen der drei Parteien in den sozialpolitischen Fragen und auch hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik überhaupt zum Ausdruck gebracht werden. Ferner erklärten sich die Verhandlungen auf die Vereinbarung eines Parteibündnisses während des Wahlkampfes. Die Vertreter der drei Parteien werden heute oder morgen wieder zusammenkommen. Es wird nicht damit gerechnet, daß der gemeinsame Wahlauftrag schon in dieser Besprechung fertiggestellt werden kann. Immerhin beurteilt man die Aussichten der Verhandlung auch in den Kreisen der Deutschen Volkspartei recht optimistisch. Die Sympathie der Deutschen Volkspartei mit dieser Einigung wird damit erklärt, daß sie im Prinzip schließlich dasselbe bedeutet, was Dr. Scholz mit seiner Aktion erkräftigt habe.

Zur Tarifänderung im Ruhrbergbau.

Essen. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, hat der Schlichter Professor Brahm die Parteien auf kommenden Montag nachmittag 3 1/2 Uhr zu Schlichtungsverhandlungen eingeladen. Die Verhandlungen finden, wie bereits gemeldet, um 2 1/2 Uhr am gleichen Tage statt.

Die Regierung meldet kündigt ihren Rücktritt an.

München. (Funkpruch.) Ministerpräsident Goltz erklärte im heutigen Antragsgespräch über die Deckungsmaßnahmen im Plenum des bayerischen Landtages, wenn die Mehrheit des Landtages den absehbenden Standpunkt gegenüber der Rotverordnung auch heute in der Abstimmung zum Ausdruck bringe, so wäre die Staatsregierung nicht mehr in der Lage, die Verantwortung weiter zu tragen. Sie müßte in der Ablehnung der von ihr vorgeschlagenen finanziellen Maßnahmen zugleich die Aushandlung des Mißtrauens des Landtages erblicken und das Gesamtkabinettsministerium werde darauf die Folgerungen ziehen.

Aufhebung der Rotverordnung in Bayern

München 20. August.
Der Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages hat den Antrag der Sozialdemokraten, die durch Verordnung des Gesamtministeriums eingeführte Schlachtsteuer nicht zu erheben, mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Deutschen Volkspartei, des Bauernbundes und der Nationalsozialisten gegen die Nationalen und Bayerischen Volkspartei angenommen. Die Rotverordnung der Regierung ist damit im Ausschuss gefallen und die Aufhebung der Schlachtsteuer erneut beschlossen.

Die politische Lage in Bayern hat auch durch diese Beschlüsse noch keine Klärung erfahren. Nach der Schlachtsteuer-rotverordnung hatten auch die weiteren Abstimmungen über die neuen Deckungsmaßnahmen der Parteien überraschende Ergebnisse. So wurde ein Bauernbund-Antrag auf Kürzung der Beamtengehälter mit 4 Stimmen des Bauernbundes bei Stimmenthaltung sämtlicher übrigen Parteien angenommen, obwohl die Regierung erklärt hatte, daß eine solche Kürzung verfassungsrechtlich unzulässig sei, solange das Reich nicht eine Kürzung der Staatsverwaltung beschlossen habe. Ein weiterer Antrag des Bauernbundes, die Ministerialzulagen der bayerischen Beamten vom 1. September an aufzuheben, wurde bei Stimmenthaltung der übrigen Parteien mit den Stimmen der Sozialdemokraten und des Bauernbundes ebenfalls angenommen. Weiter nahm der Ausschuss einen Antrag der Bayerischen Volkspartei an, die Regierung zu ermächtigen, sofortige Maßnahmen zur Vereinfachung der Staatsverwaltung zu treffen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Abbau der freiwilligen Leistungen des Staats an die Kirchengemeinschaften wurde abgelehnt. Schließlich wurde noch ein Antrag der Deutschnationalen, die Aufwandsentschädigungen der Landtagsabgeordneten um 25 Prozent zu kürzen, für eine Sitzung des Ausschusses auf heute vormittag zurückgestellt. Die Entscheidung über einen etwaigen Rücktritt der Regierung oder eine andere Entwicklung der politischen Lage kann erst heute vormittag fallen, wenn das Plenum des Landtages wieder zusammengetreten ist.

Passagiere und Besatzung der „Sabiti“ gelandet.

Wago-Wago (Samoa). Der Dampfer „Ventura“ ist mit den geretteten Passagieren und der Besatzung des gesunkenen Dampfers „Sabiti“ in der Morgensonne um 1 Uhr (Ortszeit) hier eingelaufen.